

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 21 (1941-1942)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Rendite gegen Familie  
**Autor:** Reinhard, Ernst  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-334298>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 31.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# ROTE REVUE

## SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

21. JAHRGANG — JULI 1942 — HEFT 11

### Rendite gegen Familie

Von Ernst Reinhard

Das Statistische Amt der Stadt Bern hat in einer kürzlich erschienenen, sehr wertvollen und aufschlußreichen Übersicht über die Entwicklung der Mietpreise in der Stadt Bern berichtet. Danach bezahlte man

*für eine Zweizimmerwohnung*

während des letzten Krieges (1917) jährlich . . .	Fr. 819.—
unmittelbar vor diesem Kriege . . . . .	Fr. 1174.50
in den im letzten Jahr entstandenen Neubauten	Fr. 1421.10

*für eine Dreizimmerwohnung*

während des letzten Krieges . . . . .	Fr. 1123.20
unmittelbar vor dem Kriege . . . . .	Fr. 1481.—
in den im letzten Jahr entstandenen Neubauten	Fr. 1657.40
mit einer Mansarde mehr bezahlt man heute . .	Fr. 1948.—

In diesen Preisen ist weder die Heizung noch irgendeine andere Nebenaufwendung für den Wohnbetrieb enthalten. Die scharfe Steigerung der Mietpreise für die neuen Wohnungen gegenüber dem letzten Krieg ist auffallend; sie beträgt bei beiden Wohnungskategorien ungefähr 74 Prozent. Die Entwicklung ist aber noch nicht abgeschlossen. Wir haben vor uns einen Brief, den ein eidgenössischer Beamter erhielt, in dem ihm auf eine Ausschreibung im «Stadtanzeiger» eine neue Dreizimmerwohnung zum Preise von Fr. 2400.— bis Fr. 2700.— ohne Heizung angeboten wird. Wird das obere Angebot angenommen, wobei sich die Wohnung natürlich in entsprechend günstiger Lage befinden wird, so erhöht sich die Steigerung auf rund 140 Prozent. Es darf angenommen werden, daß es sich bei dem angebotenen Objekt um eine hochkomfortable Wohnung handelt, mit Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Lift, Kühlschrank usw. Alle diese Dinge sind nicht gratis. Wird die dafür notwendige Aufwendung auch nur mit Fr. 500.— pro Jahr berechnet, dann beträgt der Mietpreis für eine solche Wohnung tatsächlich Fr. 3200.— im Jahr oder nahezu Fr. 1100.— pro Zimmer. Das heißt, es kostet eine Dreizimmerwohnung jetzt beinahe pro Zimmer soviel, wie nach der ersten Mietpreissteigerungs-welle während des letzten Krieges eine ganze Wohnung — allerdings ohne Heizung.

Es ist nun vollständig falsch, zu glauben, daß so teure Wohnungen nicht vermietet werden. Im allgemeinen hat der Hausbesitzer, der sie anbieten kann, sehr wenig Mühe, Mieter zu finden; es kommt sogar vor, daß man sich um solche Wohnungen regelrecht streitet und noch höhere Mietpreise anbietet, um überhaupt eine neue Wohnung erhalten zu können. Die Frage ist nur, wer solche Mietpreise bezahlen kann und wie sie bezahlt werden.

Wir haben zurzeit keine sichere Lohnstatistik der Stadt Bern; die Verschiebung in den Löhnen und den verschiedenen Lohnkategorien infolge des Krieges hat hier eine gewisse Unsicherheit geschaffen. Wir glauben aber nicht fehlzugehen, wenn wir das Durchschnittseinkommen des Privatarbeiters auf rund Fr. 5000.—, das des öffentlichen Arbeiters auf etwa Fr. 5500.—, das des Beamten auf ungefähr Fr. 7000.— jährlich veranschlagen. Aus diesen Einkommen müssen die Mietpreise bestritten werden. Es kann nun vorkommen, daß Nebeneinnahmen, die Zinse aus Ersparnissen usw. die Einkünfte erhöhen und daß die Mehraufwendungen aus diesen Einnahmen ganz oder teilweise bestritten werden können. Aber dann handelt es sich bestimmt um Ausnahmen. In der Regel wird der Mietpreis aus den Lohneinkünften bestritten werden. Für den Mietpreis wird in diesem Falle ein Bruchteil des Lohnes aufgewendet werden müssen, der zwischen einem Drittel und der Hälfte liegt. Das ist eine geradezu ungeheuerliche Belastung des Lohnes zugunsten des Mietpreises.

Mitteilungen, die wir aus andern Städten erhalten haben, zeigen, daß sich dort die Entwicklung in ähnlichem Rahmen bewegt; die Zahlen sind verhältnismäßig in den meisten Städten tiefer, aber die gesetzmäßige Entwicklung vollzieht sich überall gleich. Für oberflächliche Beobachter des Wohnungsmarktes ergibt sich daraus die Tatsache, daß das Angebot an Wohnungen nicht so gering sei, wie besonders in der Eingabe der Schweizer Städte an den Bundesrat dargestellt wurde; tatsächlich ist denn auch die Zahl der baubewilligten Wohnungen gegenüber dem letzten Jahr erheblich gestiegen. Sie erfährt nun allerdings eine Korrektur, die sich aus der Verknappung der Baumaterialien, vor allem von Zement und Baueisen, ergibt. Trotzdem wird aber die Behauptung aufgestellt, daß der Wohnungsbau nach wie vor rentiere und daß eine Bundeshilfe sich deswegen erübrige oder doch auf ein ganz geringes Maß zu beschränken sei. Diese Einstellung zum Problem beruht vollständig auf kapitalistischen Gedankengängen; die Wohnungsproduktion wird von den Kreisen, welche in der Wohnung eine Ware sehen, die dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliege, nicht von der volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Bedeutung, sondern rein von der finanzkapitalistischen Renditeseite aus gewertet.

Wer aber tiefer in die Dinge hineinschaut, kann von der Entwicklung, welche die Wohnungsproduktion nun nimmt, nur auf das höchste beunruhigt sein. Während sonst allgemein angenommen wird, die Wohnungsproduktion folge dem Bedürfnis der Bevölkerungsentwicklung, zeigt die nähere Betrachtung, daß besonders in den letzten Jahren dieses Bedürfnis gar nicht berücksichtigt wurde, sondern daß umgekehrt die Bevölkerung sich den Bedürfnissen des im Wohnungsbau investierten Kapitals anzupassen beginnt. In den Jahren der schweizerischen Hochkonjunktur, den

Jahren 1928 und 1929, wurden in der Schweiz, nach den Statistiken des Biga, das alle Gemeinden über 200 Einwohner erfaßt, 10 815, resp. 12 442 Wohnungen erstellt. In den Zeiten des sinkenden Kapitalertrags bei Aktiengesellschaften, in den Jahren 1932 bis 1934, jagte die Wohnungsbautätigkeit steil hinauf, bis auf 17 861 Wohnungen, um dann in den Zeiten der schlimmsten Deflation auf 5188 abzusinken. Die durchschnittliche Wohnungsproduktion betrug ungefähr 11 500 Wohnungen pro Jahr. An dieser Bautätigkeit war aber der spekulative Wohnungsbau in immer stärkerem Maße beteiligt. Noch im Jahre 1931 erstellten die gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften und die Gemeinden 3055 Wohnungen, 1939 waren es noch 111 und 1940 noch gerade 15; es wurden rund  $\frac{199}{200}$  des Wohnungsvolumens verloren. In dieser Zeit erstellte der spekulative Wohnungsbau im Jahre 1931 14 254 Wohnungen, 1940 immerhin noch 4852 Wohnungen; es gingen also rund  $\frac{2}{3}$  verloren. Praktisch ist aber der gemeinnützige Wohnungsbau im Jahre 1940 fast untergegangen: er hatte dem spekulativen das Feld fast ganz überlassen.

Während aber der gemeinnützige Wohnungsbau sich vor allem darauf konzentriert hatte, für die Familien ausreichenden Wohnraum zu schaffen, so daß die Drei- und Vierzimmerwohnung vor allem im Siedlungsbau den Typus bestimmt, wandte sich der spekulative Wohnungsbau immer deutlicher der Klein- und Kleinstwohnung zu. Im Zeitraum von 1914 bis 1920 machte dieser Kleinwohnungsbau nur 69 Prozent aller in den Schweizer Städten erstellten Wohnungen aus; 1931—1934 war er schon auf 84 Prozent gestiegen; im Jahre 1940 aber war das Verhältnis beispielsweise in Bern schon auf 96 Prozent gestiegen. Die Klein- und Kleinstwohnung wird deswegen bevorzugt, weil sie auf kleinem Raum hohen Wohnungskomfort und Wohnungsluxus ermöglicht, die eine Rendite dank hoher Mietpreise sichern. Unter den im Jahre 1940 in Bern erstellten 384 Klein- und Kleinstwohnungen hatten 382 eigenes Bad, 373 Zentralheizung, nur 5 wiesen noch Etagenheizung und 6 Ofenheizung auf, 377 hatten Boiler, 309 elektrischen Herd und nur noch 75 Gaskochherd, Einzelherde für Holz oder Kohle gab es überhaupt keine mehr, 133 hatten Lift, eine sehr bedeutende Zahl Gefrierschränke, zentrale Radioentstörungsanlage und Hausbedienung.

Neben diesem hohen Luxus der hochrentablen Kleinwohnung steht nun der tiefe Wohnungsstandard der kinderreichen Familien. Es gab in Bern im Jahre 1930 noch 756 kinderreiche Familien mit 5 und mehr Kindern; ihre Zahl sank bis zum Jahre 1941 auf 361. Davon wohnten 285 in reinen Mietwohnungen; 240 waren, was den zur Verfügung stehenden Wohnraum anbetrifft, völlig unzureichend untergebracht. 196 Familien hatten kein eigenes Bad, 16 ein gemeinsames Bad in der Waschküche, 13 hatten nicht einmal eigenen Abort. Eine kleine private Statistik ergab, daß in den 384 hochkomfortablen Wohnungen des Jahres 1940 ganze 150 Kinder erzogen wurden; in den 240 schlechten Wohnungen, die für kinderreiche Familien reserviert waren, wohnten aber rund 1500 Kinder. Die kinderlose oder kinderarme Familie hatte hohen Wohnungskomfort, wenn nicht sogar Wohnungsluxus zur Verfügung, die kinderreiche Familie mußte sich mit den schlechtesten Einrichtungen begnügen.

Wo der Wohnungsluxus vorherrschte, hatte er die Kinder verdrängt; wo Kinder vorhanden waren, fehlte der Luxus, war nicht einmal von der ausreichenden Wohnungshygiene mehr zu reden, sank die Wohnkultur auf die Stufe der Primitiven. *Die kinderlose und kinderarme Familie wurde für ihre Einstellung mit der größten Wohnungserleichterung belohnt, die kinderreiche Familie für ihre andere soziale Einstellung mit dem Entzug fast jeglicher Wohnungshygiene und Wohnungsbequemlichkeit bestraft.*

Es ist bedeutsam genug, daß diese Entwicklung den staatlichen Organen, welche über die Notwendigkeit der Förderung des Wohnungsbauens zu entscheiden hatten, fast völlig entging. Wohl klagte man allgemein über den Rückgang der Geburten und das Absinken des Geburtenüberschusses. Wohl jammerte man über die Tatsache, daß beispielsweise in Lausanne im Jahre 1940 schon 138 Menschen mehr starben, als geboren wurden, daß in Genf im gleichen Jahre 525 Särge mehr gezählt wurden, als gefüllte Wiegen. Aber daß diese Tatsache einen Zusammenhang haben könnte mit dem Überwiegen des spekulativen Wohnungsbauens, mit der langsam Zurückdrängung und schließlichen Ausschaltung des sozialen Wohnungsbauens, das kam Leuten, die irgendeine Tätigkeit in der Schweiz wie anderswo einzig und allein nach dem finanziellen Rendement messen, nicht in den Sinn.

Und doch brauchte es wahrhaftig nicht soviel Scharfsinn, um die Zusammenhänge zu erkennen. Wenn einmal eine junge Familie in einem hochluxuriösen Wohnhaus wohnt, dann frißt der Mietzins bald einmal so viel weg, daß für die Erziehung eines Kindes nichts mehr übrig bleibt. Dazu kommt, daß Kinder in den großen, rentablen Mietblocks einfach stören. Der Wohnlärm wächst in diesen Mietskasernen ins Ungeheuerliche. Radio und andere Musikinstrumente verursachen schon soviel Lärm, daß spielende und tollende Kinder nicht mehr ertragen werden. Es versteht sich ganz von selbst, daß sogar in Zeiten des Wohnungsüberflusses Wohnungen an kinderreiche Familien nur sehr ungern vermietet werden, weil man sonst den Auszug der übrigen Mieter befürchtet; der kinderreichen Familie gibt man deutlich zu merken, daß man ihren Kinderreichtum als einen Nachteil betrachtet, den sie allein tragen soll, mit dem sie aber andere zu verschonen habe.

Man kann es schließlich einer jungen Frau nicht einmal verargen, wenn sie, vor die Wahl gestellt, ein bequemes Leben zu führen und dafür auf Kinder zu verzichten, oder Kinder zu haben und dafür jegliche Erschwerung im Wohnbetrieb in Kauf zu nehmen, sich für die erste Möglichkeit entscheidet. So ist bestimmt das Wort nicht zu hart, daß die hohe Wohnungsrendite des spekulativen Wohnungsbauens erkauf wird mit der Kinderarmut eines Volkes. Selbstverständlich ist nicht diese eine Erscheinung allein verantwortlich für die zunehmende Kinderarmut. Aber wenn die ganze Verseuchung unseres Volkes mit dem Gedanken zu diesem Verzicht auf Kinder geführt hat, dann hat der speulative Wohnungsbau, der eine der übelsten Erscheinungen des reinkapitalistischen Wirtschaftssystems ist, die Tendenz zur Kinderarmut oder Kinderlosigkeit in verhängnisvoller Weise verschärft. Alle Bestrebungen zum Kinderschutz

und zum Familienschutz, die an dieser grundlegenden Tatsache vorübergehen, sind daher zur Aussichtslosigkeit verurteilt. Irgendein Erfolg kann nur erzielt werden, wenn eine Änderung im ganzen volkswirtschaftlichen und sozialen Denken die Wohnungsfrage nicht mehr als eine solche der rein privatwirtschaftlichen und privatkapitalistischen Betätigung ansieht, sondern wenn sie dazu führt, die Schaffung ausreichenden und genügenden Wohnungsraums als eine zentrale Aufgabe des Staates zu betrachten. Die Dinge müssen völlig umgekehrt werden, der Wohnungskomfort gehört der kinderreichen, nicht der kinderarmen Familie.

Wir sind noch lange nicht so weit. Die Diskussion in der Bundesversammlung über das Wohnungsproblem hat von seiten des verantwortlichen Chefs des Volkswirtschaftsdepartements Äußerungen gebracht, die blitzlichtartig zeigten, wie groß das Unverständnis für diese große Aufgabe dort noch ist, wo man die sogenannte freie Wirtschaft als verantwortlich und fähig für die Schaffung des Wohnraums ansieht und wo man sich höchstens dazu bequemen kann, eine große Aufgabe den Gemeinden und Kantonen zuzuschieben, die man mit einer lächerlich geringen Bundessubvention verabschiedet, damit sie einen in Ruhe lassen. Es ist auch bezeichnend genug, daß der Vertreter der Hausbesitzer, Nationalrat Seiler aus Liestal, sich mit Erbitterung gegen das Postulat auf Schaffung einer Zentralstelle zur Förderung des Wohnungsbaues im Bund wandte; daß der Nationalrat schließlich dieser Forderung doch zustimmte, obschon sie auch vom Vertreter des Volkswirtschaftsdepartements abgelehnt worden war, ist vielleicht nur dem glücklichen Umstand zu verdanken, daß bürgerliche Vertreter in einer Aussprache an einer Fachgruppe Bau gewerbe auf die große Bedeutung des Problems aufmerksam gemacht werden konnten, so daß sie die Forderungen des Postulats unterstützten und damit doch eine Neutralisierung ihrer politischen und wirtschaftlichen Bundesgenossen erreichten, die ohne diese Unterstützung wahrscheinlich die Opposition des Hausbesitzers unterstützt hätten.

Es wird aber für die Schweiz immer unmöglich werden, sich dieser Forderung zu entziehen. Die antiliberalen Länder haben durch die Bank weg erkannt, welche ungeheure Bedeutung die Schaffung sozialen Wohnraums für ihren Staat hat; und es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade politisch derart gegensätzliche Länder, wie Rußland und Deutschland, vorangegangen sind und die Schaffung sozialen Wohnraums zur großen Aufgabe des Staates gemacht haben und dadurch in ihren Völkern eine Widerstandskraft geweckt haben, die erstaunlich ist; es ist aber sicherlich auch kein Zufall, daß die liberalen Länder, wie England und die USA., heute durch ihre Regierungen Erklärungen abgegeben haben, daß sie unmittelbar nach dem Kriege an das Problem herantreten würden, weil sie erkannten, daß ohne dies der kriegerische Wille ihrer Völker rasch erlahmen würde. Wir selbst stehen erst noch vor der Bewährungsprobe, mag auch der militärische Krieg vielleicht unser Land verschonen. Aber sicher ist, daß unser Volk nicht widerstandsfähig sein und bleiben wird, wenn die große Verständnislosigkeit dem Wohnungsproblem gegenüber unsere obersten Behörden nach wie vor in der Durchführung kühner und entschiedener Maßnahmen im Kampf gegen die Wohnungsnot vor allem

der kinderreichen Familien hemmt. Die Partei wird gut tun, wenn sie erkennt, welch große Aufgabe ihrer gerade hier wartet. Sie muß vorstoßen und der Idee, daß die Schaffung des sozialen Wohnraums eine zentrale Aufgabe der Gemeinschaft ist, Bahn brechen. Sie muß darauf hinweisen, daß nicht die Erzielung einer Rendite für das in die Sachwerte sich flüchtende Kapital, sondern die Erstellung von Wohnungen für gesunde Familien mit Kindern das allein Maßgebende ist, selbst wenn für die Erreichung dieses Ziels ein erheblicher Einsatz der öffentlichen Mittel notwendig werden sollte. Die Lösung der Wohnungsfrage rückt aus dem Bereich privatwirtschaftlicher Betätigung in das der staatlichen Bevölkerungspolitik; diese aber kann nur von antikapitalistischem Geist erfüllt und getrieben sein, wenn sie nicht einfach im Sumpf der parteipolitischen Erfolgsspekulationen steckenbleiben soll. Man muß jetzt den Kampf gegen das große Unverständen in den geldverseuchten Gehirnen aufnehmen und verständlich machen, daß eine große Aufgabe, welche der Privatkapitalismus fallen ließ, weil seine Renditengier nicht erfüllt wurde, durch die Gemeinschaft aufgenommen werden muß.

Im Kampf zwischen Rendite und Familie, der bis heute mit einem brutalen Sieg des Renditengedankens endete, müssen wir der Familie, der Mutter und dem Kind, dem Menschen überhaupt, zum Triumph helfen, auch wenn die privatwirtschaftliche Rendite zugunsten der Familie ihre Privilegien restlos opfern muß. Es ist die große Zukunftsaufgabe der Gemeinschaft, den sozialen Wohnungsbau, den Bau von Menschenwohnungen, vorwärts zu treiben, nachdem die Privatwirtschaft schmählich und jämmerlich versagt hat. Die Partei soll dabei führen!

---

## Konjunktur oder Krise nach dem Krieg?

Von E m i l J. W a l t e r

Der über Istanbul an das «Inst. Univ. des Hautes Etudes Internationales» in Genf emigrierte Professor der Nationalökonomie Wilhelm Röpke scheint sich zum offiziellen Ideologen gewisser kapitalistisch orientierter Kreise der Schweiz vom Landesring bis zum Freisinn zu entwickeln.\* Am

---

\* In seinem Buche «Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart» zeichnet sich Röpke durch eine überaus gehässige Kritik des Sozialismus aus, den er mit «Kollektivismus» und «Vermassung» gleichsetzt. Die apologetische Verherrlichung einer Politik des sogenannten «Dritten Weges» ist verbunden mit einer derart aufdringlichen schmeichlerischen Beurteilung der schweizerischen Verhältnisse, daß der Verdacht einer recht großzügigen Anpassungsfähigkeit des Verfassers nicht von der Hand zu weisen ist. Röpke scheint uns seiner ganzen Denkweise nach ein verhinderter Faschist zu sein, wie ja übrigens zwischen der liberalen — nicht demokratischen — und autoritären Denkstruktur sehr enge geistige Beziehungen bestehen. Wenn auch in den praktischen Vorschlägen Röpke sich einige Male eng mit dem Plan der Arbeit berührt, übersieht er doch vollkommen, daß das Problem der Monopole ohne eine Lösung der Eigentumsfrage nicht liquidiert werden kann.